

Antragsteller: Ulrich Franz

Antrag an die Mitgliederversammlung 2026 des Deutschen Mieterbunds Bonn/Rhein-Sieg/Ahr e.V. zur Kürzung des Wohngeldes

Die Mitgliederversammlung möge beschließen:

Der Mieterbund Bonn/Rhein-Sieg/Ahr unternimmt verstärkte Anstrengungen zur Verhinderung von geplanten Kürzungen des Wohngeldes in Höhe von einer Milliarde Euro und für die turnusmäßige Anpassung ab 2027 durch

- a) Gezielte Öffentlichkeitsarbeit in seinem Bereich mit Informationen über die geplanten Kürzungen beim Wohngeld und die Folgen, die dies für viele Mieter*innen im Bereich des Mieterbundes Bonn/Rhein-Sieg/Ahr haben wird
- b) Schreiben an die Abgeordneten des Bundestags insbesondere aus dem Bereich Bonn und des Rhein-Sieg-Kreises sowie die jeweiligen wohnungspolitischen Sprecher*innen der CDU/CSU, SPD, GRÜNEN und LINKEN im Bundestag sowie die Bundesministerin für Bauen und Wohnen Frau Hubertz und den Bundesfinanzminister Herrn Klingbeil mit dem Ziel die Kürzungen beim Wohngeld, welches turnusgemäß zum 01.01.2027 an die Entwicklung der Mietpreise angepasst werden müssten, zu verhindern und die entsprechenden Anpassungen zu unterstützen
- c) Anträge bzw. Initiativen an den Mieterbund NRW und den Deutschen Mieterbund mit dem Ziel eine Kampagne zum Erhalt des Wohngeldes - keine Kürzungen - und eine Anpassung des Wohngeldes zu erreichen.
- d) weitere geeignete Maßnahmen wie z.B. eine breitere Basis für die Verhinderung der Kürzungen des Wohngeldes zu bilden, wie z.B. Zusammenarbeit mit diversen Organisationen und Sozialverbänden

Begründung:

Die Situation von Mieter*innen hat sich erheblich verschärft. Da ist erstens der Anstieg verschiedener Bestandteile der Mieten aus unterschiedlichen Gründen, zweitens der Wegfall von Sozialbindungen von Wohnungen, während gleichzeitig zu wenige neue bezahlbare Wohnungen gebaut werden. Laut Angaben des Deutschen Mieterbundes fehlen rund 1,4 Millionen Wohnungen. Drittens bekommen durch die verschärften Angemessenheitsgrenzen im SGB II (Hartz IV) bei gleichzeitigem Wegfall der Karenzzeit viele weitere Mieter Probleme, ihre Miete zu bezahlen. Bereits jetzt müssen sehr viele Menschen in Bonn einen Teil ihrer Miete aus dem Regelsatz finanzieren. In Bonn sind das 10% der Bedarfsgemeinschaften. Bundesweit sind 334.000 Bedarfsgemeinschaften davon betroffen. Jetzt soll auch noch das Wohngeld gekürzt werden.

Für viele Mieter*innen sichert das Wohngeld derzeit die Bezahlbarkeit der Wohnung. Bundesweit beziehen derzeit ca. 1,2 Millionen Haushalte Wohngeld. Die geplante Kürzung des Wohngeldes von einer Milliarde Euro würde viele Mieter*innen existenziell bedrohen und könnte den Verlust ihrer Wohnung bedeuten.